

# Unsicherheit behindert Jugendarbeit mit Flüchtlingen

Mitarbeiter der Jugendhilfe diskutieren auf Einladung des Landratsamts über die Arbeit mit unbegleiteten minderjährigen Ausländern und fordern längere Betreuung

Von Julius Steckmeister

**BREISGAU-HOCHSCHWARZWALD.** Was unbegleiteten minderjährigen Ausländern, sogenannten UMA, hilft, wurde jüngst auf Einladung des Dezernats Soziales und Jugend am Landratsamt sowie den Mitgliedern des Lenkungsstabes UMA, die dem Behördenvertreter ebenso angehören, wie etliche Jugendhilfeorganisationen, von Mitarbeitern der Jugendhilfe im Bürgerhaus Au diskutiert.

Noch vor Beginn der großen Flüchtlingsankunft, Anfang 2014, hatte der Bundesverband katholischer Einrichtungen und Dienste der Erziehungsstellen (BYKE) beim Mainzer Institut für Jugendhilfe (IKJ) eine Studie über den Werdegang von UMA in Auftrag gegeben. Außerdem sollte das Gelingen einer Selbstständigkeit bewertet werden. Fragestellungen wie Ergebnisse der Untersuchung, die von Institutsleiter Michael Macsenaere zusammengefasst wurden, bildeten den Auftakt wie den thematischen Leitfadens des Fachtages.

„Die Studie soll dazu beitragen, auf nüchternen Basis miteinander in einen Austausch zu kommen und aufzeigen, was wirklich hilft“, umriss Macsenaere

das Ziel der dreijährigen Forschungsarbeit. 80 Prozent der Ankommenden seien durch Krieg, Gewalt und die Umstände ihrer Flucht traumatisiert, lautete das erste Ergebnis. Umso wichtiger sei ein gründliches „Clearing“ – ein sorgsames Erfassen von Hilfebedarf und Entwicklungsstand. Hier hatten die Wissenschaftler bereits das erste Manöuvre ausgemacht, auf das die Jugendhilfeorganisationen jedoch keinen Einfluss hätten: Rund 55 Prozent der UMA verbleiben weniger als zwei Monate in der Inobhutnahme und damit deutlich zu kurz für eine sorgsame Bestandsaufnahme sowie die ersten Schritte.

Den Faktor Zeit gelte es auch bei der anschließenden Unterbringung in einer Einrichtung der Jugendhilfe zu beachten, fuhr Macsenaere fort. Bei 19 bis 30 Monaten Verbleib hatten die Forscher „exorbitante Ergebnisse“ bei der Integration der Jugendlichen und jungen Erwachsenen beobachtet – von Spracherwerb bis schulische, berufliche und soziale Integration. „Ökonomie versus Chancen“, bedauerte der Professor. Jedoch, dies gab er zu bedenken, gelte diese Regel nur, sofern sich schon während der ersten sechs Monate innerhalb der Einrichtung erste Erfolge zeigten. Wenn Jugendhilfe nicht bereits

hier gelänge, würden die Effekte über längere Zeit eher „katastrophaler“, mahnte Macsenaere eine Halbjahresüberprüfung seitens der Einrichtungen an.

Negativ wirkten sich ein unsicherer Aufenthaltsstatus wie die Tatsache eines abrupten Betreuungswegfalls mit Erreichen des 18. Lebensjahres aus, warnte der Professor und Psychologe. Kritik gab es hier für die schleppende Abwicklung von Asyl- und teils nicht nachvollziehbare Abschiebeverfahren ebenso, wie für die von Seiten der CSU geforderte Abschaffung des Paragraphen 41 im Sozialgesetzbuch, der derzeit die Unterstützung hilfebedürftiger junger Erwachsener bis mindestens zum 21. Lebensjahr auch finanziell gewährleistet. Hier sei die Jugendhilfe ebenfalls machtlos, die Politik hingegen gefragt.

Die „zentralen pädagogischen Schlüssel“, die die Jugendhilfe hingegen selbst in der Hand hätte, seien „Partizipation, Beziehungsqualität und Kooperation“. „Gehen sie mit mehr Kraft an diese wichtigen Wirkfaktoren“, appellierte der Referent an das Fachpublikum.

Den engen Zusammenhang zwischen Betreuungsbedarf, Altersgrenze, Aufenthaltsgenehmigung und Ausbildungsplatz schilderte ein ehemaliger UMA, der in-



Gemeinsam diskutieren, aber auch trommeln beim Fachtag des Landratsamts  
FOTO: JULIUS STECKMEISTER

zwischen seine Kochlehre abgeschlossen, eine Wohnung und eine Anstellung gefunden hat, eindrücklich. Tagungsorganisatorin Frauke Zahradnik vom Jugendamt leitete die anschließende Diskussion. Auf Seiten der in der Jugendhilfe tätigen Diskutanten war man sich einig, dass – neben einem unklaren Aufenthaltsstatus – vor allem Wohnungs- und Finanzierungsprobleme einer Selbstständigkeit oft im Wege stünden. Deutlich sprach man sich für die Beibehaltung des Paragraphen 41 aus. Selbstständigkeit, Ausbildung und Perspektive, Spannungsfeld UMA und Asylrecht sowie Rückkehr ins Heimatland waren anschließend die Themen bei den vier Workshops am Nachmittag.